



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



BBSR-Analysen KOMPAKT 10/2025

Kommunen im Strukturwandel

Von April bis Juli 2024 hat das Kompetenzzentrum Regionalentwicklung (KRE) im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) 267 Städte und Gemeinden in den Fördergebieten des Investitionsgesetzes Kohleregionen zu Themen rund um den Strukturwandel und Kohleausstieg befragt. Erstmals steht damit die Perspektive der vom Kohleausstieg betroffenen Kommunen im Fokus. Ziel der Umfrage ist es, belastbare Informationen für die politische Gestaltung des Strukturwandels bereitzustellen.

Erste Ergebnisse zeigen, dass die befragten Kommunen die Chancen und Risiken des Kohleausstiegs und die aktuelle Stimmung im Strukturwandel als relativ ausgeglichen wahrnehmen. Im Zentrum kommunaler Herausforderungen stehen weniger transformationsspezifische Themen, sondern vielmehr allgemeine kommunale Daueraufgaben wie die Gewährleistung der Daseinsvorsorge, die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts oder die Anwerbung von Fachkräften und Unternehmen. Gleichzeitig verspüren insbesondere Tagebauanrainerkommunen infolge des (vorgezogenen) Kohleausstiegs einen zunehmenden finanziellen und zeitlichen Handlungsdruck.

Die meisten Entscheidungsträgerinnen und -träger erkennen die Komplexität der anstehenden Aufgaben und fordern gezielte Unterstützung ein. Dazu gehören die Entbürokratisierung der Fördermittelverfahren, die Unterstützung bei der Bewältigung finanzieller und personeller Engpässe, ein verbesserter Austausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie eine raumsensiblere Politik, die die unterschiedliche Betroffenheit der Gemeinden vom Strukturwandel adäquat berücksichtigt.

Kernergebnisse der BBSR-Kommunalbefragung „Kommunen im Wandel“ 2024

von

Daniel Meyer
Antonia Milbert
Elisabeth Stürmer
Nils Unthan
Dr. Stefanie Vedder

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

der Beschluss zum Kohleausstieg im Jahr 2020 erfordert in den Strukturwandelregionen nicht nur eine Neuaufstellung der regionalen Wirtschaft, sondern wirkt sich auch auf die konkrete Lebensgestaltung der Menschen vor Ort aus: Neue und gute Einkommensmöglichkeiten müssen entstehen, Infrastrukturen gesichert und angepasst, Landschafts- und Siedlungsräume lebenswert gestaltet und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden. Es gilt, positive Zukunftsbilder zu entwickeln und umzusetzen. Mit dem Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG) unterstützt der Gesetzgeber die Kohleregionen bei der Gestaltung des Strukturwandels und stellt bis Ende 2038 mehr als 40 Milliarden Euro an Fördermitteln für eine nachhaltige Transformation bereit.

Die Städte und Gemeinden in den Kohleregionen nehmen in diesem Wandel eine zentrale Rolle ein: Denn sie sind sowohl Betroffene und erster Ansprechpartner für die Menschen vor Ort, als auch Umsetzer und Ideengeber für die konkreten Maßnahmen zur Gestaltung des Kohleausstiegs. Bislang fehlte jedoch ein Bild darüber, wie es den Kommunen im Strukturwandel geht, wie sie handeln und wo sie Unterstützung benötigen. Eine systematische Untersuchung der kommunalen Perspektive auf den Strukturwandel in den Kohleregionen lag bisher nicht vor.

Mit der BBSR-Kommunalbefragung „Kommunen im Wandel“ und den hier vorgelegten Ergebnissen schließt das Kompetenzzentrum Regionalentwicklung diese Wissenslücke. Das KRE im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung hatte von April bis Juli 2024 alle 651 Städte und Gemeinden in den Fördergebieten des InvKG zu einer Onlinebefragung eingeladen, die vielfältige Themen rund um den Strukturwandel und Kohleausstieg ansprach. Die vorliegende Auswertung bietet daher viele interessante Einblicke. Sie zeigt beispielsweise, dass sich die Kommunen nachdrücklich wünschen, bei der Ausgestaltung des InvKG nachzubessern und die Herausforderungen kleinerer Städte und Gemeinden stärker zu berücksichtigen. Sie zeigt zudem, dass es eine raumsensiblere Politik und Regionalentwicklung braucht, die standortspezifische Besonderheiten sowie historische Pfadabhängigkeiten in den Revieren stärker berücksichtigt.

Inwiefern dies aus Sicht der Kommunen in Zukunft gelingt und wie sich ihr Handeln im Strukturwandel weiterentwickelt, können Folgeuntersuchungen zeigen: Denn die BBSR-Kommunalbefragung „Kommunen im Wandel“ ist als Panelbefragung angelegt und wird zukünftig regelmäßig wiederholt. Damit lassen sich Veränderungen über die Zeit abbilden und wechselnde politische Informationsbedarfe adressieren. Die Kommunalbefragung des KRE ist somit eine wichtige Grundlage für die evidenzbasierte Politikberatung im Strukturwandel.

Mit dieser Aussicht wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre!



Dr.-Ing. Carola Neugebauer
Leiterin des Kompetenzzentrums Regionalentwicklung (KRE)
im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)



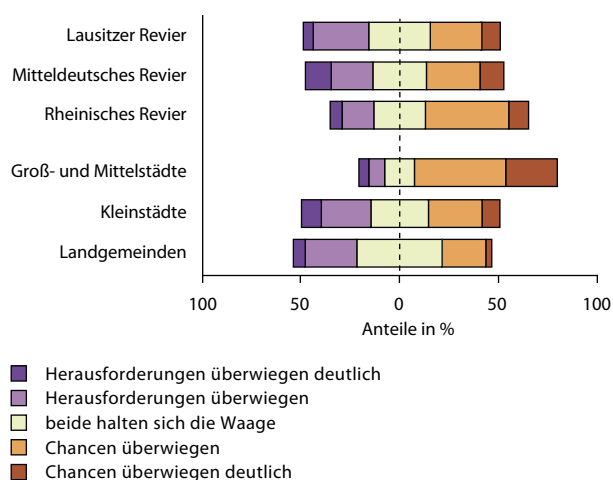
Foto: Peter-Paul Weiler

Chancen und Risiken des Kohleausstiegs halten sich die Waage

Den Kohleausstieg begreifen durchschnittlich 38 % der befragten Kommunen als Chance, bei 32 % halten sich Chancen und Herausforderungen die Waage und bei 30 % überwiegen die Herausforderungen. Ernsthafte Herausforderungen befürchten allerdings nur knapp 8 % der Kommunen, während umgekehrt nur rund 10 % deutlich größere Chancen sehen. Insgesamt kann festgehalten werden, dass sich die Chancen und Risiken des Kohleausstiegs in etwa die Waage halten (vgl. Abbildung 1).

Im Reviervergleich zeigt sich, dass das Rheinische Revier mit 52 % am optimistischsten auf den Kohleausstieg blickt, was sich zum Teil durch die städtisch geprägte Siedlungsstruktur erklären lässt. Denn Groß- und Mittelstädte blicken allgemein zuversichtlicher auf den Strukturwandel. Unter den befragten Groß- und Mittelstädten geben 72 % der kommunalen Entscheidungsträgerinnen und -träger an, dass die Chancen (deutlich) überwiegen. Landgemeinden sehen hingegen skeptischer in die Zukunft: Für nur 26 % der – teils ehrenamtlich tätigen – Bürgermeisterinnen und Bürgermeister überwiegen die Chancen des Kohleausstiegs.

Abbildung 1: Kohleausstieg als Herausforderung oder Chance



Frage: Denken Sie bitte vor dem Hintergrund des Kohleausstiegs an die Entwicklung Ihrer Kommune in den nächsten fünf bis zehn Jahren. Was überwiegt: Herausforderungen oder Chancen?

Quelle: BBSR-Kommunalbefragung „Kommunen im Wandel“ 2024

Kommunalverwaltungen und Gemeindevertretungen zeigen mehr Zuversicht als Bevölkerung und Unternehmen

Im administrativen Mehrebenengefüge kommt den Städten und Gemeinden eine wichtige Scharnier- und

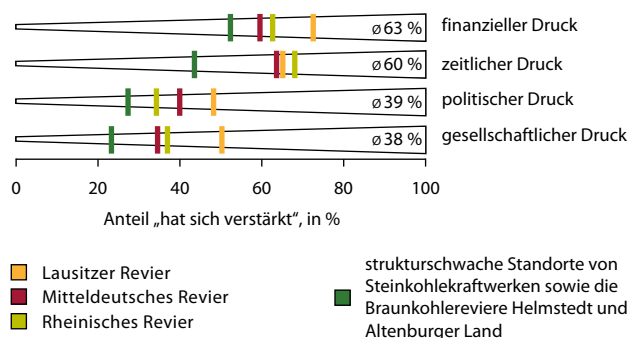
Vermittlungsfunktion zwischen der Bundes- beziehungsweise Landesebene und den Akteuren vor Ort zu. Aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zur Bevölkerung können sie gut Auskunft über die aktuelle Stimmung in Bezug auf den Strukturwandel und Kohleausstieg geben. Demnach wird die Stimmung unter der Bevölkerung als leicht negativer (30 % der Antworten) wahrgenommen als unter den ansässigen Unternehmen (26 %) oder den Interessengruppen (22 %). Erkennbar positiver wird hingegen die Stimmung unter den Kommunalverwaltungen und den Stadt- und Gemeinderäten beurteilt. Rund 41 % der teilnehmenden Kommunen bezeichnet die Stimmung unter diesen beiden Gruppen als (sehr) positiv. Insgesamt sind die Unterschiede jedoch eher gering und ein Großteil der befragten Kommunen äußert über alle Gruppen hinweg eine ausgeglichene Stimmung.

Im Vergleich der Reviere bestätigt sich, dass die befragten Kommunen im Rheinischen Revier die aktuelle Stimmungslage in ihrer Gemeinde tendenziell optimistischer und positiver wahrnehmen als die Kommunen in den beiden ostdeutschen Revieren. Die schlechteste Stimmung wird im Lausitzer Revier berichtet – und zwar gleichermaßen schlecht für die Bevölkerung (35 %) wie für die ansässigen Unternehmen (34 %).

Der Kohleausstieg erhöht vor allem den finanziellen und zeitlichen Druck in den Kommunen

Der Kohleausstieg verstärkt am ehesten den finanziellen (63 %) und zeitlichen Druck (60 %) der Kommunen – und dies deutlicher in den Anrainerkommunen (jeweils 91 %, vgl. Abbildung 2). Aufgrund des vorgezogenen Kohleausstiegs ist der zeitliche Druck im Rheinischen Revier am höchsten. Ansonsten berichten vor allem die Lausitzer Städte und Gemeinden über verstärkten zeitlichen und finanziellen Handlungsdruck. Politische und gesellschaftliche Faktoren führen

Abbildung 2: Veränderung des Handlungsdrucks durch den Kohleausstieg



Frage: Inwiefern hat sich der Handlungsdruck auf Ihre Kommune durch den Beschluss des Kohleausstiegs verändert?

Quelle: BBSR-Kommunalbefragung „Kommunen im Wandel“ 2024

hingegen seltener zu einem wahrgenommenen Handlungsdruck.

Dem Anpassungsdruck sehen sich viele Kommunen wegen fehlender Finanzressourcen nicht gewachsen: 51 % der Kommunen benennen fehlende Eigenmittel als Grund dafür, keine Fördermittel zu beantragen. 73 % aller teilnehmenden Kommunen stimmen zudem der Aussage zu, dass der erforderliche Eigenanteil finanzschwache Kommunen benachteilige. Je nach Förderregion liegt die Zustimmung zwischen 62 % und 87 %.

Der Strukturwandel wird nicht nur wirtschaftsbezogen, sondern als umfassende Transformation verstanden

Den beschlossenen Kohleausstieg nennen knapp ein Viertel der befragten Kommunen als zentralen Treiber des Strukturwandels. Gemeinsam mit weiteren 20 % der teilnehmenden Kommunen verstehen sie unter Strukturwandel zuvorderst eine Transformation von Wirtschaft und Industrie und erachten es deshalb als notwendig, neue Einkommensmöglichkeiten zu schaffen, um den Menschen vor Ort Perspektiven zu bieten. Allerdings wird der Kohleausstieg nicht ausschließlich mit dem Verlust an Wertschöpfung in Verbindung gebracht, sondern bietet nach Ansicht der kommunalen Entscheidungsträgerinnen und -träger auch Potenziale für den Aufbau neuer Wertschöpfungsketten. Es wird auf Möglichkeiten hingewiesen, den Bevölkerungsrückgang zu stoppen, die demografische Entwicklung zu stabilisieren und Wachstum zu fördern, indem etwa die regionale Daseinsvorsorge ausgebaut und die Lebensqualität erhöht wird.

Mehr als die Hälfte der Kommunen begreifen den Strukturwandel über wirtschaftliche Aspekte hinaus als umfassende gesellschaftliche Transformation. Der Druck zur Neuerung wirkt nach Ansicht der befragten Kommunen auf viele Lebensbereiche zurück. Ihrer Meinung nach erfordern die Herausforderungen des Wandels einen umfassenden, ganzheitlichen Ansatz, der Themen wie Digitalisierung, Klimaschutz, Infrastruktur und Verwaltungsmodernisierung einschließt, um zukunftsfähige Strukturen in den Kohleregionen zu schaffen und zu stärken.

Neben der deutlichen Wahrnehmung von Herausforderungen – Arbeitsplatzverluste, Schrumpfungsprozesse, berufliche Anpassungserfordernisse, Innovationsschwäche – werden neue Wirtschaftsfelder wie erneuerbare Energien, Forschung oder Tourismus explizit als Chancen erkannt. Schwerpunkte bei der Gestaltung des Strukturwandels liegen für die Kommunen daher auf der Anpassung von Arbeitsmärkten, der Förderung regionaler Attraktivität und der Überwindung infrastruktureller Defizite.

Das InvKG muss standortspezifischen Besonderheiten und historischen Pfadabhängigkeiten mehr Rechnung tragen

Zwar äußern in allen drei Braunkohleregionen die Tagebauanrainer häufiger eine starke Betroffenheit vom Strukturwandel (89 %) als weiter entfernt liegende Städte und Gemeinden (26 %), aber diese stärkere Betroffenheit spiegelt sich nicht in einer höheren Relevanz kohlespezifischer Themen wider. Den Grundsatz der „Kernbetroffenheit“ hat nur das Rheinische Revier über das Konzept der Anrainer in seiner Förderstrategie explizit berücksichtigt. Daher überrascht es nicht, dass rund 43 % der Kommunen im Rheinischen Revier der These zustimmen, dass die räumliche Nähe der Kommunen zum Tagebau bei der Vergabe der Fördermittel ausreichend berücksichtigt wird, gegenüber lediglich 29 % im Lausitzer und 33 % im Mitteldeutschen Revier. Dennoch können nach einem ähnlichen Ansatz der räumlichen Nähe auch Anrainerkommunen im Mitteldeutschen und Lausitzer Revier bestimmt werden, die von einer höheren Betroffenheit vom Strukturwandel berichten als die übrigen Gemeinden, diese Kernbetroffenheit jedoch in der Fördermittelvergabe weniger gewürdigt sehen.

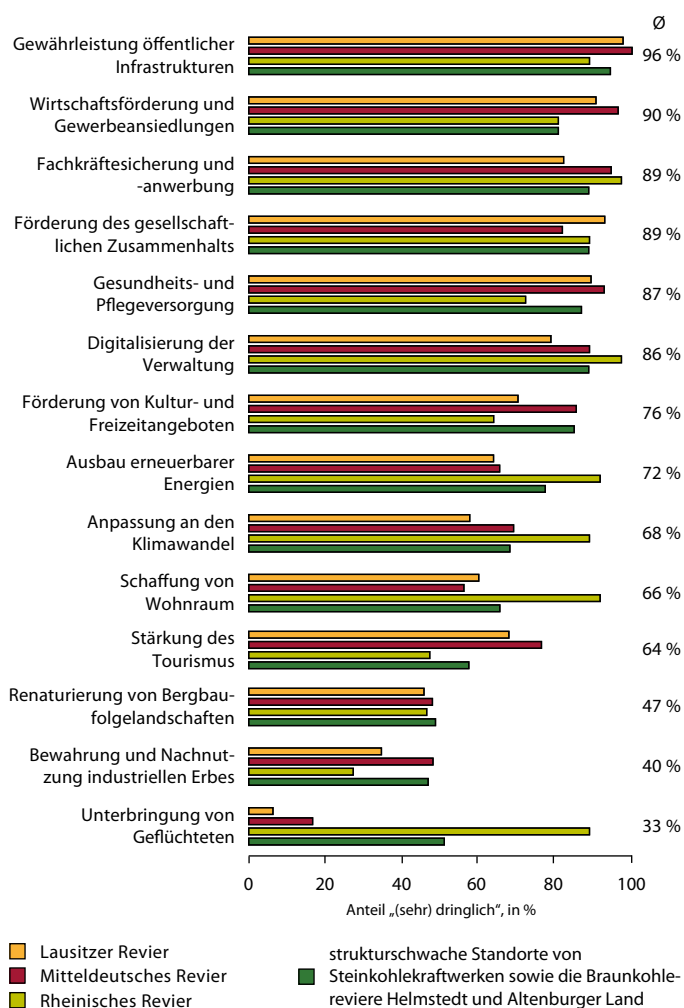
Die selbstberichtete Betroffenheit vom Strukturwandel steht in einem mittelstarken positiven Zusammenhang mit der Dauer, mit der sich die Kommunen mit dem Strukturwandel beschäftigen. Teilweise wird der aktuelle Strukturwandel als Fortsetzung langfristiger historischer Prozesse gedeutet. In den ostdeutschen Fördergebieten wird der Strukturwandel häufig mit den Umbrüchen der Wiedervereinigung und deren wirtschaftlichen Folgen in Verbindung gebracht. Der Aussage, dass diese historische Doppelbelastung im InvKG ausreichend berücksichtigt wird, widersprechen im Lausitzer Revier fast die Hälfte aller Kommunen, im Rheinischen Revier 38 % und im Mitteldeutschen 32 %.

In den Kohleregionen sind zentrale kommunale Aufgaben dringlicher als transformationsspezifische Themen

Themen rund um die kommunale Daseinsvorsorge, die wirtschaftliche Entwicklung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt werden als dringender betrachtet als eher mit dem Kohleausstieg verbundene transformationsspezifische Themen wie der Klimawandel oder die Renaturierung stillgelegter Tagebaue. Das gilt auch in den Anrainerkommunen (vgl. Abbildung 3).

Das Rheinische Revier unterscheidet sich insofern von den anderen Fördergebieten, als hier Herausforderungen städtischer Wachstumsregionen eine höhere Dringlichkeit erfahren. Dies

Abbildung 3: Dringliche Handlungsbedarfe aus Sicht der Kommunen



Frage: Aus Ihrer Sicht: Wie dringlich sind die folgenden Handlungsbereiche und Aufgaben für Ihre Kommune?

Quelle: BBSR-Kommunalbefragung „Kommunen im Wandel“ 2024

gilt insbesondere für die Schaffung von Wohnraum und die Unterbringung von Geflüchteten. Dass im Rheinischen Revier auch Themen rund um den Ausbau erneuerbarer Energien und die Anpassung an den Klimawandel überproportional häufig als (sehr) dringlich bewertet werden, könnte im vorgezogenen Kohleausstieg 2030 begründet sein.

Die Häufigkeit der Themennennungen und der daraus ableitbaren Reihenfolge der dringlichen Aufgaben unterstreichen den Stellenwert des Strukturwandels als umfassenden Transformationsprozess. Öffentliche Infrastrukturen und gesellschaftlicher Zusammenhalt als Voraussetzungen der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung stehen prinzipiell im Einklang mit den Förderzielen des InvKG. Nach Ansicht vieler Kommunen (40 %) stimmen die Förderbereiche des InvKG jedoch nicht hinreichend mit den kommunalen Handlungsbedarfen überein. Am wenigsten sieht das Lausitzer Revier (48 %) die kommunalen Bedarfe durch das InvKG gedeckt. Nicht zufriedenstellend, aber weniger kritisch werden die Förderbereiche im Mitteldeutschen (32 %) und

Rheinischen Revier (29 %) gesehen. Diese Inkompatibilität ist einer der Gründe dafür, dass viele Kommunen bisher keine Fördermittel aus dem InvKG beantragt haben.

Das InvKG-Förderverfahren gilt vielen Kommunen als intransparent und zu bürokratisch – entsprechend besteht der Wunsch nach Verbesserung

Die Kommunen halten eine Umgestaltung der Fördermöglichkeiten für erforderlich, da finanzschwache Kommunen den notwendigen Eigenanteil nicht stemmen können und der Antrags- und Bewilligungsprozess als zu kompliziert, langwierig und nicht hinreichend transparent beurteilt wird. Zwischen 48 % und 64 % der befragten Kommunen in den drei Braunkohleregionen haben bereits Fördermittel für mindestens ein Projekt beantragt. In den Förderregionen gemäß Kapitel 2 InvKG sind es hingegen nur 9 %. Dies liegt unter anderem daran, dass sich Regionen mit ehemaligen Steinkohlekraftwerken häufig nicht als vom Kohleausstieg betroffene Strukturwandelregionen betrachten. Zudem stocken in diesen Regionen die Länder bestehende Programme über das InvKG auf, sodass die Förderfähigkeit im Rahmen des InvKG den Kommunen weniger bekannt ist.

Groß- und Mittelstädte sind unter den geförderten Kommunen stärker vertreten als kleine Kommunen. Zwischen 82 % und 92 % der Kommunen in den einzelnen Revieren stimmen der These zu, dass große Kommunen gegenüber kleinen Kommunen Vorteile im Antragsprozess haben. Groß- und Mittelstädte bejahen diese Aussage zu 77 %, die stärkste Zustimmung erfährt sie bei Kleinstädten (92 %). Grund dafür ist, dass kleinere Kommunen nicht über die notwendigen personellen Kapazitäten verfügen, um Projektanträge zu stellen. Diese Aussage treffen 39 % der Kleinstädte und Landgemeinden, die (noch) keine Fördermittel aus dem InvKG beantragt haben. 35 % dieser Kommunen begründen dies mit fehlender Erfahrung, 41 % mit dem bürokratischen Aufwand.

Um die Zielkohärenz der Projektanträge sicherzustellen, haben die Länder unterschiedliche Verfahrenswege von der Antragstellung bis zur Bewilligung entwickelt. Diese Antragsprozesse empfinden 36 % der Kommunen im Lausitzer und 29 % der Kommunen im Rheinischen Revier als (sehr) intransparent, jedoch nur 13 % im Mitteldeutschen Revier. Die Richtlinien der Bundesländer sehen in allen Revieren nach der Antragstellung eine Beratung, Qualifizierung oder Zertifizierung der Projekte vor. Obwohl damit nach erfolgreicher Antragstellung die Bewilligung der Fördermittel gesichert sein sollte, bewerten 30 % der befragten Kommunen auch den Bewilligungsprozess noch als (sehr) intransparent. Transparenz wird hierbei nicht nur auf den Förderprozess selbst bezogen, sondern auch auf Informationen zu

Fördermöglichkeiten und den noch vorhandenen Mitteln aus dem InvKG.

Die Hälfte der Kommunen halten es für (sehr) wahrscheinlich, erneut einen Projektantrag zu stellen. Vor allem die Kommunen mit bereits erfolgreichen Fördermittelanträgen denken, dass sie (sehr) wahrscheinlich wieder Projekte zur Förderung konzipieren werden (73 %), insbesondere im Mitteldeutschen (75 %) und Rheinischen Revier (100 %). In der Lausitz gibt es auch unter den noch nicht geförderten Kommunen eine grundsätzlich hohe Bereitschaft, zukünftig einen Förderantrag zu stellen (52 %).

Das Förderprogramm STARK wird bislang nur von wenigen Kommunen zur personellen Verstärkung im Strukturwandel genutzt

40 % der Kommunen, die noch keinen Förderantrag gestellt haben, begründen dies mit fehlenden personellen Kapazitäten. Mit dem Bundesprogramm „Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten“ (STARK) können nichtinvestive Ausgaben – darunter auch Personalkosten – gefördert werden, um den Prozess der Transformation zu beschleunigen. Einen Personalzuwachs durch STARK-Mittel gab es jedoch nur bei wenigen der befragten Kommunen (10 %), überproportional im Rheinischen Revier und in den Anrainerkommunen. In Übereinstimmung mit den Zielen des Programms werden diese Mittel vor allem dazu verwendet, neue Projekte anzustoßen (95 %).

Insgesamt beschäftigen 23 % der Kommunen Personal, welches hauptsächlich mit der Gestaltung des Strukturwandels beauftragt ist. Vor allem Groß- und Mittelstädte sind in der Lage, Personal explizit mit Fragen des Strukturwandels zu betrauen (56 %). Die Aufgaben bestehen insbesondere im Projektmanagement (93 %), in der Fördermittelakquise (93 %) und in der Vernetzung (80 %).

Austausch und wahrgenommene Wirksamkeit im Strukturwandel sind auf horizontaler Ebene stärker ausgeprägt als auf vertikaler Ebene

Kommunen tauschen sich am häufigsten auf kommunaler Ebene über den Strukturwandel aus – innerhalb der eigenen Kommune, mit angrenzenden Kommunen oder mit dem Landkreis. Hier verspüren sie die größten Einflussmöglichkeiten, über ihre Kommune hinaus etwas für das Gelingen des Strukturwandels zu bewirken. Je weiter entfernt die jeweilige politische Ebene ist, desto seltener ist der Austausch

Abbildung 4: Austausch und Einfluss der Kommunen im administrativen Mehrebenensystem



Frage (links): Wie häufig tauscht sich Ihre Kommune mit Akteuren auf den folgenden Ebenen über Themen rund um den Strukturwandel aus?
Frage (rechts): Wenn Sie an die Gestaltung des Strukturwandels denken: Wie stark ist Ihrer Einschätzung nach der Einfluss Ihrer Kommune auf Akteure der folgenden Ebenen?

Quelle: BBSR-Kommunalbefragung „Kommunen im Wandel“ 2024

und desto geringer wird die eigene Wirksamkeit eingeschätzt (vgl. Abbildung 4).

Auffällige Unterschiede in Bezug auf diese generelle Feststellung sind beim Rheinischen Revier zu beobachten: Ein größerer Anteil der Kommunen steht hier auch mit übergeordneten Ebenen wie der Landesebene in häufigerem Kontakt und konstatiert eine stärkere Einflussmöglichkeit auf die Gestaltung des Strukturwandels. Kommunen im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier berichten hingegen kaum über einen entsprechenden Austausch mit der Bundes- und der EU-Ebene.

Mit der Austauschhäufigkeit und der eigenen Wahrnehmung der Einflussmöglichkeiten korrespondiert, dass die befragten Städte und Gemeinden andere Kommunen oder interkommunale Kooperationsgemeinschaften (51 %) als wichtige Verbündete im Strukturwandel betrachten. Dass nur knapp 10 % auch die Wirtschaftsförderer und Entwicklungsgesellschaften

als bedeutende Partner einstufen, überrascht angesichts der Bedeutung des Handlungsfeldes „Wirtschaftsförderung und Gewerbeansiedlungen“, das 90 % der Kommunen als dringliche Aufgabe bewerten.

Fazit und Ausblick

Als zentrale Akteure gestalten die Kommunen den Strukturwandel im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten und interpretieren diesen – je nach räumlicher Betroffenheit vom Kohleausstieg – sehr unterschiedlich. Die meisten Entscheidungsträgerinnen und -träger sind sich der Komplexität dieser Aufgabe bewusst und fordern zusätzliche Unterstützung gezielt ein. Das InvKG bietet hierfür grundsätzlich einen geeigneten Rahmen. Allerdings äußern die Kommunen deutliche Kritik an der konkreten Ausgestaltung des Förderinstruments, beispielsweise mit Blick auf den notwendigen Eigenanteil, die aufwendigen Antrags- und Bewilligungsverfahren oder die mangelnde Transparenz.

Aus Sicht vieler kommunaler Entscheidungsträgerinnen und -träger wurde die Chance verpasst, unbürokratischere und schnellere Förderzugänge zu schaffen. Wenn fehlende

Personalkapazitäten und begrenzte Eigenmittel zu den häufigsten Hindernissen bei der Antragstellung zählen, dann sind es vor allem kleine, strukturschwächere Kommunen, die im gegenwärtigen System benachteiligt sind.

Die hier vorgestellten Ergebnisse sind ein Auszug aus der deskriptiven Auswertung der BBSR-Kommunalbefragung „Kommunen im Wandel“ 2024. Das KRE plant, diese Befragung zu verstetigen und im Jahr 2026 in Form einer zweiten Befragungswelle zu wiederholen. Aus der Querschnittsbefragung entsteht damit eine Panelstudie.

Die Daten aus der Kommunalbefragung können für vertiefte Analysen mit Regionalindikatoren aus der Laufenden Raumbeobachtung des BBSR und anderen georeferenzierten Befragungsdaten kombiniert werden. So entsteht die Möglichkeit, subjektive Bevölkerungs- und Kommunalbefragungsdaten mit objektiven Raumindikatoren abzugleichen und eventuelle Widersprüche zwischen den objektiven Lebensbedingungen, deren kommunalpolitischer Gestaltung und subjektiven Bewertung sichtbar zu machen.

Über neue Ergebnisse wird fortlaufend unter www.kohleregionen.de/kommunalbefragung berichtet.

Die BBSR-Kommunalbefragung „Kommunen im Wandel“ 2024

Im Zeitraum von April bis Juli 2024 wurden alle 651 Kommunen in den Fördergebieten des InvKG zu einer Onlinebefragung eingeladen. Davon haben 267 Städte und Gemeinden an der Umfrage teilgenommen (41 % Rücklaufquote). Die bestehenden siedlungsstrukturellen Unterschiede der Grundgesamtheit – sowohl zwischen als auch innerhalb der Reviere und Förderkulissen – sind im Rücklauf hinreichend gut abgebildet.

Zentrales Element der Auswertung sind bislang Vergleiche zwischen folgenden Raumtypen:

- förderfähige Regionen gemäß Kapitel 1 und 2 InvKG
- Lausitzer, Mitteldeutsches und Rheinisches Revier
- Groß-/Mittelstädte, Kleinstädte und Landgemeinden
- Anrainer- und Nichtanrainerkommunen

Abbildung 5: Förderfähige Regionen gemäß InvKG

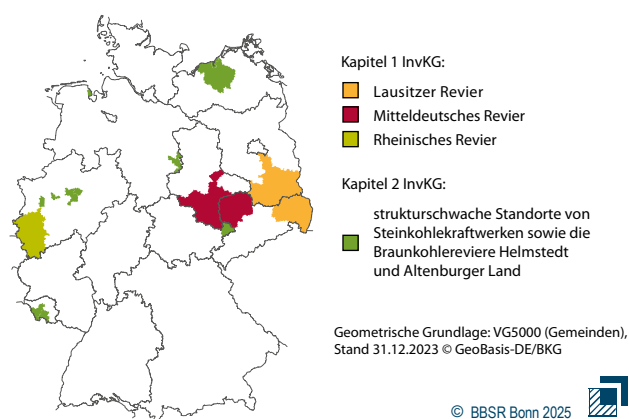


Tabelle 1: Rücklaufquoten der Befragung

Region	Anzahl Städte und Gemeinden	Teilnahme an Befragung	
		Anzahl	Quote
Lausitzer Revier	235	96	41 %
Mitteldeutsches Revier	147	64	44 %
Rheinisches Revier	65	44	68 %
Kapitel 1 gesamt	447	204	46 %
Kapitel 2 gesamt	204	63	31 %
Beteiligung insgesamt	651	267	41 %

Quelle: BBSR-Kommunalbefragung „Kommunen im Wandel“ 2024



Quelle: BBSR

Lebenszufriedenheit in den Braunkohlerevieren

Zwischen individuellem Wohlbefinden und kollektiven Sorgen

BBSR-Analysen KOMPAKT 04/2025, Hrsg.: BBSR, Bonn 2025

Kostenfreier Download unter: www.bbsr.bund.de

Im Rahmen des Strukturwandels durch den Kohleausstieg haben es sich die Reviere zum Ziel gesetzt, eine hohe Lebensqualität sicherzustellen. Dazu sollen z. B. die Vernetzung städtischer und ländlicher Räume und Kulturangebote gefördert werden. Eine hohe Lebensqualität soll also aus den objektiven Lebensbedingungen abgeleitet werden. Die Wahrnehmung von hoher Lebensqualität impliziert aber auch eine hohe Lebenszufriedenheit, also eine subjektive Komponente, die sich nicht über objektive Indikatoren erfassen lässt. Auf der Grundlage von repräsentativen Befragungsdaten werden die Zufriedenheit der Menschen in den Revieren mit ihrem Leben allgemein, mit verschiedenen Lebensbereichen wie Wohnen und Arbeit sowie ihre Sorgen um verschiedene Themen untersucht.



Quelle: BBSR, Titelbild: Jan Wirth/
Jakob Straub

Zurück in die Zukunft

Was bewirken Rückkehrende in Spremburg und Zeitz?

Einzelpublikation, Hrsg.: BBSR, Bonn 2024

Kostenfreier Download unter: www.bbsr.bund.de

In den ostdeutschen Braunkohleregionen im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier entstehen durch Strukturstärkungsmaßnahmen und Förderprogramme neue Arbeitsplätze in Wissenschaft, Forschung und moderner Industrie. Gleichzeitig suchen kleine und mittelständische Betriebe im Handwerk und Handel dringend nach gut ausgebildeten Fachkräften und Unternehmensnachfolgen. Das Projekt „Willkommenssalons zur Analyse der Bedarfe und Wünsche Rückkehrender in die ostdeutschen Braunkohlereviere“ beleuchtete Prozesse und Motive der Rückkehr in diese ländlich geprägten Regionen. Ziel war es, Erkenntnisse und Handlungsansätze zu entwickeln, die dazu beitragen, Menschen zur Rückkehr in ihre Heimatregionen zu motivieren. Dabei wurden Vorschläge erarbeitet, die Kommunen, Unternehmen und andere Akteure unterstützen sollen, die Attraktivität der Region zu steigern und potenzielle Rückkehrende sowie weitere Zuziehende anzusprechen.

Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Kontakt

Daniel Meyer
daniel.meyer@bbr.bund.de

Redaktion

Marius Matheja

Satz und Layout

Philipp Minten

Die BBSR-Analysen KOMPAKT sind kostenfrei auf der Homepage des BBSR als Download abrufbar:
www.bbsr.bund.de/veroeffentlichungen

Vervielfältigung



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative-Commons-Lizenz Attribution-ShareAlike 4.0 International (CC BY-SA 4.0). Nähere Informationen zu dieser Lizenz finden sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>. Die Bedingungen der CC-Lizenz gelten nur für Originalmaterial.

DOI 10.58007/krks-w276

ISSN 3052-4237 (Online)

ISBN 978-3-98655-132-2

Bonn, 2025

Newsletter „BBSR-Forschung-Online“

Der kostenlose Newsletter informiert monatlich über neue Veröffentlichungen, Internetbeiträge und Veranstaltungstermine des BBSR: www.bbsr.bund.de/BBSR/newsletter